

Steuerreform und größtes Konjunkturpaket Europas

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Die SPÖ sorgt mit entschlossenem Handeln in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für Stabilität. Die rasche Einigung auf die Steuerreform 2009 und die Konjunkturprogramme bringen mehr Kaufkraft für die ArbeitnehmerInnen und unverzichtbare Impulse für das Wirtschaftswachstum. Mit dem Gesamtvolumen von rund 6 Mrd. Euro (für 2009) hat Österreich das größte Konjunkturpaket Europas geschnürt.

Der Einbruch beim Wirtschaftswachstum kündigt sich seit längerem an. Schon seit dem Frühjahr drängt die SPÖ deswegen auf rasche Maßnahmen, um Konjunktur und Beschäftigung in Schwung zu halten. Es zählt rasches und entschlossenes Handeln, um im ungünstigen Umfeld einer weltweiten Rezession die negativen Auswirkungen auf Beschäftigung und Wirtschaft in Grenzen zu halten. **Das Rezept gegen die Krise auf eine Formel gebracht: Die Menschen entlasten und in die Beschäftigung investieren.**

Die SPÖ kann es sich wirklich zugute halten, dass sie binnen kurzer Zeit (und gegen erheblichen Widerstand) wirksame Maßnahmen durchgesetzt hat:

- Seit 1. Juli ist die **Entlastung der Niedrigeinkommen** in Kraft.
- Im September hat die SPÖ im Nationalrat ein umfangreiches Paket (**5-Punkte-Programm**) zum Beschluss gebracht, das für Familien, PensionistInnen, Studierende und ArbeitnehmerInnen wesentliche Verbesserungen bringt.
- Im Oktober ist das **erste Konjunkturpaket** beschlossen worden ("Mittelstandsmilliarde").
- Und im Zuge der Regierungsverhandlungen mit der ÖVP ist der SPÖ im November der Durchbruch für eine **Steuerreform 2009** und ein **zweites Konjunkturprogramm** gelungen.

Der Einsatz der SPÖ zahlt sich aus: **für die Beschäftigten, die Familien, die soziale Sicherheit und für die Wirtschaft.**

Entlastung für die ArbeitnehmerInnen

Mit dem Volumen von 2,2 Milliarden Euro für die Tarifsenkung gibt es für die ArbeitnehmerInnen schon ab 2009 eine deutliche Entlastung. Für die SPÖ ist wichtig: **Alle SteuerzahlerInnen müssen entlastet werden, insbesondere aber der Mittelstand mit einem Einkommen bis zu 4.000 Euro.** Gerade in diesem Einkommensbereich kann eine Entlastung die Kaufkraft ankurbeln; das ist nicht zuletzt eine wichtige konjunkturelle Stütze, weil so die Binnennachfrage stabilisiert werden kann. Und: Rund eine Million BezieherInnen von niedrigem Einkommen profitieren schon seit 1. Juli 2008 von der Streichung bzw. Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge.

Konjunktur und Beschäftigung

Alle ExpertInnen und internationale Institutionen wie die OECD sind sich einig: Das Ausmaß des Wachstumseinbruchs (das in vielen Ländern sogar zu einer Rezession führt) macht staatliche Konjunkturprogramme unverzichtbar. Die SPÖ hat rasch reagiert und auch vom Volumen her umfangreiche Konjunkturprogramme durchgesetzt (siehe Anhang). Rund 6 Mrd. Euro Gesamtvolumen im Jahr 2009 stellen in Prozent des BIP eine Dimension dar, mit der Österreich ex equo mit Spanien das größte Konjunkturpaket Europas fixiert hat.

Im Hinblick auf das Budgetdefizit gilt hier: Durch ein vorübergehend höheres Defizit, das richtig eingesetzt wird, um Beschäftigung und Konjunktur zu stabilisieren, spart man sich in der Zukunft hohe Schulden; denn nichts ist so teuer wie Arbeitslosigkeit. **100.000 Arbeitslose mehr kosten den öffentlichen Budgets rund 2,5 Mrd. Euro, so die ökonomische "Faustregel".**

Die **Konjunkturprogramme werden unmittelbar beschäftigungswirksam.** Durch die Ausweitung der öffentlichen Investitionen im Ausbau der Infrastruktur werden viele Arbeitsplätze gesichert. Auch die Investitionen in Bildung (z.B. verpflichtendes Vorschuljahr) und Forschung schaffen unmittelbar Jobs und wirken mittel- und langfristig positiv auf den Wirtschaftsstandort und die Einkommenschancen jedes Einzelnen.

Die **Qualifikationsoffensive für Arbeitssuchende** geht weiter. Im Konjunkturprogramm sind für die nächsten zwei Jahre zusätzlich jeweils 75 Mio. Euro Bundesmittel für regionale Beschäftigungsprogramme vorgesehen.

Soziale Sicherheit

Kurz vor der Nationalratswahl hat die SPÖ für den Großteil ihres 5-Punkte-Programms klare Mehrheiten gefunden. Angesichts der hohen Inflation war eine rasche Entlastung dringend geboten. Zwei Millionen PensionistInnen und alle Familien mit Kindern profitieren bereits jetzt davon.

- Denn die um **3,4 Prozent erhöhte Pension** wird schon ab November ausbezahlt,
- auch die **Einmalzahlungen** sind schon überwiesen,
- genauso wie der **Heizkostenzuschuss für MindestpensionistInnen**.
- Das Gleiche gilt für die **13. Familienbeihilfe für jedes Kind**, die im November überwiesen wurde.

- Ab 1. Jänner wird dann das **Pflegegeld um durchschnittlich 5 Prozent** (4 Prozent in den Pflegestufen 1 und 2, 5 Prozent in den Stufen 3, 4 und 5, 6 Prozent in den Stufen 6 und 7) **erhöht**.

- Und **ab dem Sommersemester 2009 fallen die Studiengebühren** an den österreichischen Universitäten.

Chronologie der Entlastung

1. Juli 2008

Entlastung der BezieherInnen von niedrigem Einkommen

SPÖ und ÖVP einigen sich Ende März auf ein Entlastungspaket für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen. Schon mit 1. Juli 2008 werden die Arbeitslosenversicherungsbeiträge bis zu Monatseinkommen von 1.350 Euro gestrichen bzw. gesenkt. Das bringt bei 1.000 Euro brutto Monatsgehalt 420 Euro Entlastung im Jahr. Insgesamt eine Million Menschen, darunter viele Frauen, profitieren von dieser Maßnahme.

Volumen: 300 Mio. Euro

24. September 2008

Anti-Teuerungspaket wird im Parlament beschlossen

Die SPÖ hat erreicht, dass noch vor der Wahl wichtige Maßnahmen gegen die Teuerung in einer NR-Sondersitzung am 24. September beschlossen werden:

- ein höheres Pflegegeld
- mehr Familienbeihilfe für alle Kinder
- die Verlängerung der "Hacklerregelung"
- die Abschaffung der Studiengebühren
- die Anhebung der Pensionen um 3,4 Prozent (Pensionistenpreisindex), eine Einmalzahlung sowie ein Heizkostenzuschuss für AusgleichszulagenbezieherInnen.

Die beschlossenen Maßnahmen bringen eine Entlastung für

- zwei Millionen PensionistInnen,
- 1,8 Millionen Kinder,
- 400.000 PflegegeldbezieherInnen und ihre Familien,
- 200.000 StudentInnen
- zehntausende Langzeitversicherte.

Volumen: rund 2,2 Mrd. Euro

20. Oktober 2008

Bankenpaket wird im Parlament beschlossen

Der Nationalrat beschließt am 20. Oktober ein Bankenpaket.

Rückwirkend mit 1. Oktober wird eine unbegrenzte Garantie für Spareinlagen eingeführt.

- Totale Sicherung der Spareinlagen rückwirkend mit 1. Oktober
- Staatliche Haftung für Liquiditätsspritzen für Banken
- Einrichtung einer Liquiditäts-Clearingstelle bei der Österreichischen Kontrollbank (hat eine Bank überschüssige Liquidität, soll sie diese der Ausgleichsstelle zur Verfügung stellen können)
- Haftungen und Garantien für systemrelevante Banken

- Zur Verhinderung von gefährlichen Spekulationen werden so genannte "Leerverkäufe" verboten.

28. Oktober 2008

Konjunkturpaket I ("Mittelstandsmilliarde") wird im Parlament beschlossen

Arbeitslosigkeit verhindern und Beschäftigung fördern lauten die zentralen Punkte des **Konjunkturprogramms**. Mit einer **Mittelstandsmilliarde** soll Klein- und Mittelbetrieben geholfen werden.

Schwerpunkte des Konjunkturpakets I:

- **Setzung von Investitionsanreizen:** etwa durch die Schaffung eines Mittelstandsfonds, durch zinsgünstige Kredite des Enterprise-Resource-Planning-Fonds oder Erhöhung des Haftungsrahmens des Austria Wirtschaftsservice
- **Fortsetzung der Internationalisierungsoffensive:** hier gibt es jährlich 25 Millionen Euro für die Ankurbelung des Exports + Stimulierung von Forschung und Entwicklung: hier sollen Darlehen der europäischen Investitionsbank für Forschungs- und Technologieprojekte als Kredite weitergegeben werden.
- **Forcierung umweltrelevanter Maßnahmen:** Bereitstellung von Investitionskrediten für Energie- und Energieeffizienz-Projekte sowie Gratzuteilung von CO2-Emissionszertifikaten für energieintensive Sektoren
- **Erhöhung der staatlichen Förderung beim Bausparen:** Hier wird eine Erhöhung der prämienbegünstigten Einzahlung auf 1.200 Euro vorgeschlagen
- **Infrastrukturmaßnahmen:** Neben Maßnahmen im Schienenbereich werden auch Instandsetzungsprojekte und Generalerneuerungen im ASFINAG-Bereich vorgezogen. Die Kosten werden dabei aus den laufenden Einnahmen der ASFINAG gedeckt. Im Kommunikationsbereich gibt es Unterstützungen für die Breitbandanwendung.

Volumen: Rund eine Milliarde Euro

23. November 2008

Konjunkturpaket II und vorgezogene Steuerreform: Einigung im Koalitionsübereinkommen

SPÖ und ÖVP fixieren eine vorgezogene Steuerreform 2009. Außerdem wird ein weiteres Konjunkturprogramm vereinbart.

Konjunkturpaket II, Volumen: 1,9 Mrd. Euro:

- Vorziehen von BIG-Projekten – rd. 850 Mio. Euro, davon 40 Mio. budgetwirksam
- Investitionsanreize für Unternehmen im Ausmaß von 570 Mio.
- Thermische Sanierung 100 Mio., einmalig 2009
- Forschung 50 Mio./ Jahr
- Regionale Beschäftigungsprogramme 75 Mio./Jahr
- Verpflichtendes, kostenloses Kindergartenjahr 70 Mio. /Jahr

Vorgezogene Steuerreform Anfang 2009, Volumen: 2,7 Mrd.Euro:

- Lohn- und Einkommenssteuerentlastung 2,2 Mrd. Euro
- Entlastung für Familien im Ausmaß von 500 Mio. Euro

Auch die **Lohn- und Einkommenssteuertarifentlastung** macht die soziale Handschrift der SPÖ deutlich.

- **160.000 Personen zusätzlich müssen keine Lohn- und Einkommenssteuer** bezahlen, da der **Grenzwert**, ab dem Steuern bezahlt werden muss, **von 1.000 Euro Monatseinkommen auf 1.100 Euro angehoben** wird.
- Alle SteuerzahlerInnen werden entlastet, allerdings mit einer **Deckelung bei den obersten EinkommensbezieherInnen**.
- Grundsätzlich werden die **unteren Einkommen** mit der Steuerreform **prozentuell stärker entlastet** als die oberen Einkommen.
- 1,9 Mrd. Euro von den 2,2 Mrd. Euro (das sind **90 Prozent**) gehen an die **Einkommen unter 4.000 Euro**.
- Für Jahreseinkommen **bis 25.000 Euro** wird der Grenzsteuersatz von bisher 38,33 Prozent auf 36,50 Prozent gesenkt.

Bei der Entlastung für Familien ist die **Erhöhung der Kinderabsetzbeträge** sowie die Einführung eines **Kinderfreibetrags für alle Kinder** hervorzuheben. Die Entlastung der Familien erfolgt durch:

- Kinderabsetzbeträge
- Kinderfreibetrag
- Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten
- Freiwilliger Zuschuss des Arbeitgebers für die Kinderbetreuungskosten

Beispiel 1

Alleinerzieherin mit 2 Kindern und einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1700 Euro; 1 Kind im Kindergarten; 1 Kind in der Schule

- Die alleinerziehende Mutter zahlt durch die jährliche Steuerentlastung 485 Euro jährlich weniger an Lohnsteuer.
- Als Mutter von 2 Kindern profitiert sie von der Familienentlastung im Ausmaß von ca. 1.200 Euro jährlich.
- Die jährliche Gesamtentlastung für die Alleinerzieherin beträgt knapp 1.700 Euro jährlich.

Beispiel 2

Familie mit 3 Kindern; 1 Elternteil arbeitet und verdient monatlich 3.000 Euro brutto; 1 Kind im Kindergarten; 2 Kinder in der Schule

- Der arbeitende Elternteil zahlt durch die jährliche Steuerentlastung 656 Euro jährlich weniger an Lohnsteuer.
- Die Familie mit 3 Kindern profitiert von der Familienentlastung im Ausmaß von knapp 1.700 Euro jährlich.
- Die jährliche Gesamtentlastung für die 5-köpfige Familie beträgt knapp 2.350 Euro jährlich.

Beispiel 3

Familie mit 1 Kind; 1 Elternteil verdient ein Spitzeneinkommen von 10.000 Euro brutto monatlich; 1 Kind im Kindergarten

- Der Spitzenverdiener zahlt durch die jährliche Steuerentlastung 1.350 Euro jährlich weniger an Lohnsteuer.
- Die Familie mit 1 Kind profitiert von der Familienentlastung im Ausmaß von ca. 1.140 Euro jährlich.
- Die jährliche Gesamtentlastung für die 3-köpfige Familie beträgt knapp 2.500 Euro jährlich.

Beispiel 4

Familie mit 2 Kindern; beide Eltern arbeiten und verdienen jeweils 2.500 Euro brutto monatlich; 1 Kind im Kindergarten; 1 Kind in der Schule

- Beide Eltern ersparen sich durch die Steuerentlastung jeweils ca. 630 Euro jährlich.
- Die Familie mit 2 Kindern profitiert von der Familienentlastung im Ausmaß von ca. 1.230 Euro jährlich.
- Die jährliche Gesamtentlastung für die Familie beträgt knapp 2.500 Euro jährlich.

Experten zu Konjunkturpaketen und Steuerreform: "Positiv überrascht"

- *Sollte die Konjunktur ungewöhnlich stark einbrechen, müsse die Regierung reagieren können: Etwa indem sie Infrastrukturprojekte oder die Steuerreform vorzieht.* (Ulrich Schuh, Institut für Höhere Studien, "Kurier" vom 20.09.2008)
- *Um den Konjunkturabschwung aufzuhalten, müsste bereits diesen Winter 1 Milliarde Euro investiert werden. Außerdem sei es notwendig, rasch den Faktor Arbeit zu entlasten - sprich: zumindest Teile der Steuerreform vorzuziehen, um die Kaufkraft zu stärken und den Konsum anzukurbeln.* (Wifo-Chef Karl Aiginger, "Wiener Zeitung" vom 23.10.2008)
- *Die EU-Staaten sollten massiv in konjunkturstützende Programme investieren. "Wenn der Staat ein höheres Defizit zulässt, fährt das Werkel nicht so stark in den Keller und der Staat hat am Ende ein geringeres Defizit."* (Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister: "Kurier" vom 1.11.2008)
- *Der Wirtschaftsforscher Bernhard Felderer hat sich über die Einigung der Koalitionsverhandler SPÖ und ÖVP auf die Vorverlegung der Steuerreform auf 2009 höchst erfreut gezeigt. Zu dem für das Jahr 2009 prognostizierten Defizit von 2,2 Prozent sagte Felderer im Gespräch mit der APA: "Ich bin positiv überrascht." Erfreut zeigte er sich auch über das von SPÖ und ÖVP geplante Konjunkturpaket im Umfang von 1,9 Mrd. Euro in den kommenden beiden Jahren. Investitionsanreize und das Vorhaben, mehr Mittel in Forschung und Entwicklung zu pumpen, seien positiv.* (Bernhard Felderer, APA, 6.11.2008).
- *Wesentlich sei es, ein sinnvolles Konjunkturpaket zu schnüren. "Wir müssen in Kindergärten, Schulen und Universitäten investieren."* (Karl Aiginger, "Die Presse" vom 20.10.2008)
- *"Ich halte ein Vorziehen der Steuerreform für eine Möglichkeit, die schwächelnde Konjunktur zu beleben."* (OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny, "ORF- Pressestunde" vom 19. Oktober 2008)
- *Es (Anm. Konjunkturpaket) tendiert in die richtige Richtung, ist strukturell sinnvoll und budgetär leistbar."* (OeNB-Ökonom Josef Christl, "Der Standard" vom 27.10.2008)
- *Die Steuerreform solle nicht erst nach 2010 erfolgen, sondern schon jetzt.* (Ex-Wirtschaftsminister Johannes Ditz, "Salzburger Nachrichten" vom 28.10.2008)
- *Die Steuertarif-Reform zur Abmilderung der kalten Progression und Kaufkraftstärkung hat Priorität.* (Karl Aiginger, "Format" vom 24.10.2008)